

Otto-Braun-Str. 27
10178 Berlin-Mitte

u+ sAlexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ■ Otto-Braun-Str. 27 ■ D-10178 Berlin

Bezirksämter von Berlin
Abteilung Gesundheit
Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte
Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter

nachrichtlich:
Abteilung Jugend
Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte
LuV-Leiterinnen und LuV-Leiter Jugend

www.berlin.de/sen/bwf

Geschäftszeichen III B 15
Bearbeitung Evelyn Kubsch
Zimmer 6A24
Telefon 030 90227 5394
Zentrale ■ 030 90227 50 50 ■ 9227
interna
Fax +49 30 90227 5031
eMail Evelyn.Kubsch@senbwf.berlin.de

Datum 4 .11.2011

Lebensmittelhygiene in der Kindertagespflege

Sehr geehrte Frau Bezirksstadträtin,
sehr geehrter Herr Bezirksstadtrat,

ich wende mich mit einem Anliegen, die Erfordernisse der Lebensmittelhygiene im Kindertagespflegebereich betreffend, an Sie.

Nach EU-Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 zur Lebensmittelhygiene werden die Kindertagespflegepersonen als Lebensmittelunternehmer angesehen.

In Umsetzung dieser Richtlinien in Berlin haben sich die Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter der Bezirke und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz unter Beteiligung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf einen gemeinsamen Leitfaden als Grundlage für Ihre Prüfungen in der Kindertagespflege verständigt.

Die Koordination dieser Zusammenarbeit von Lebensmittelaufsichtsamt und Fachbereich Kindertagespflege wird derzeit in den Bezirken umgesetzt. Dieser Prozess war Gegenstand der Erörterung in der Jugend-Stadträte/rätinnensitzung am 26.08.2011. Dort wurde berichtet, dass es im Spannungsfeld zwischen Anforderungen der Lebensmittelhygiene und fachlicher Ausrichtung des Leistungsangebotes nicht immer zu tragfähigen Lösungen kommt.

Kindertagespflege ist ein unverzichtbarer Teil der Tagesbetreuung in Berlin. Aufgrund des erheblichen zusätzlichen Platzbedarfs, den Berlin mit der positiven Bevölkerungsentwicklung und der Nachfrageentwicklung für die nächsten Jahre hat, kann dem bis 2015 prognostizierten Kitaplatzbedarf und dem aktuellen Mangel an Betreuungsplätzen nicht entsprochen werden.

Deshalb bedarf es aller Anstrengungen, weiterhin Tagespflegepersonen zu gewinnen und neue Kindertagespflegestellen aufzubauen. Derzeit werden landesweit mehr als 5.000



Kinder in Tagespflegestellen betreut und gefördert. Diese Betreuungsplätze gilt es, unbedingt zu erhalten.

Das Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII gibt den Eltern die Möglichkeit, sich im Rahmen der Kindertagesbetreuung entweder für ein institutionelles Betreuungssetting, d.h. eine Kindertageseinrichtung, oder für ein familienanalogenes Betreuungssetting, d. h. eine Kindertagespflegestelle, zu entscheiden.

Hauptmerkmal der Kindertagespflege ist der familiäre Rahmen des Betreuungssettings. Sie wird daher in der Regel in Privathaushalten (auch in speziell dafür angemieteten Räumen) von Privatpersonen erbracht, öffentlich finanziert und beaufsichtigt. Trotz steigenden Bedarfs an Tagespflegestellen ist es nicht leicht, geeignete Tagespflegepersonen zu gewinnen, da die Anforderungen an die Person, deren Familie und Wohnung erheblich sind. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zu den Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen kann nicht hergestellt werden, da es sich in erster Linie um Familien handelt, die ihren privaten Bereich der Betreuung von Kindern zur Verfügung stellen.

Ich bitte Sie deshalb darauf hinzuwirken, dass bei Prüfungen der Hygiene, einschließlich der Lebensmittelhygiene, der besondere Charakter der Kindertagespflege Berücksichtigung findet und gemeinsam mit dem Fachbereich Kindertagespflege Lösungen gesucht werden, die diesen Charakter wahren.

Ich bin überzeugt, dass die in der EU-Vorschrift eingeräumten Ermessensspielräume in Würdigung des Einzelfalles von der Lebensmittelaufsicht Ihres Bezirkes genutzt werden können und in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kindertagespflege zu positiven Ergebnissen führen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Zinke
Staatssekretärin